



9. August 2013  
Seite 1 von 6

Aktenzeichen  
IV A 5 - 0179  
bei Antwort bitte angeben

MR Hanns-Lothar Endell  
Telefon (0211) 4972 - 2860  
FAX (0211) 4972 - 1256

**Vorlage  
an den Unterausschuss „Personal“  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
des Landtags Nordrhein-Westfalen**

## **Ergebnisse des Personaleinsatzmanagements**

In der 12. Sitzung des Unterausschusses Personal des Haushalts- und Finanzausschusses am 02. Juli 2013 bat Herr Ralf Witzel (FDP) MdL, unter TOP 9 um eine Darstellung der Ergebnisse des Personaleinsatzmanagements in Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2007- 2012.

Mit der nachfolgenden Vorlage wird dieser Bitte nachgekommen.

### **1. Vorbemerkung**

Im Jahr 2005 wurde die Entscheidung getroffen, 12.000 kw-Vermerke innerhalb der Legislaturperiode zu realisieren. Im Zusammenhang damit wurde entschieden, in NRW ein Personaleinsatzmanagement einzuführen. Aufgabe des LPEM war es, den Personalabbau zu steuern. Die entsprechende Rechtsgrundlage wurde Mitte 2007 mit dem Gesetz über das Personaleinsatzmanagement (PEMG) geschaffen.

Damit hat man sich in NRW entschieden, den Personalabbau durch freiwillige Vereinbarungen mit den Ressorts zu steuern. In den Vereinbarungen wurde verbindlich geregelt, wie viele kw-Vermerke ein Ressort in einem Jahr zu realisieren hat.

Zum LPEM wurden die Beschäftigten versetzt, die durch besondere Umstrukturierungsmaßnahmen (z.B. Auflösung der Versorgungsverwaltung, Schließung von Behörden etc.) zur Vermittlung anstanden. Daneben wurden auf freiwilliger Basis noch Beschäftigte versetzt, die für die Projekte „Schulverwaltungsassistenz“ und „Lebensmittelkontrollassistenz“ zur Verfügung standen.

Dienstgebäude und  
Lieferanschrift:  
Jägerhofstr. 6  
40479 Düsseldorf  
Telefon (0211) 4972-0  
Telefax (0211) 4972-2750  
Poststelle@fm.nrw.de  
www.fm.nrw.de  
  
Öffentliche Verkehrsmittel:  
U74 bis U79  
Haltestelle  
Heinrich Heine Allee

Diese Beschäftigten wurden in der Folge, wiederum auf Grundlage der Vereinbarungen, die bezifferte Aufnahmepflichten für jedes Ressort enthielten, in andere Ressorts vermittelt. Die Versetzungen in die Ressorts erfolgten dabei nahezu ausnahmslos mit Zustimmung der Beschäftigten. Die letzten Beschäftigten aus dem „Überhang“, die sich noch beim LPEM befanden, wurden Anfang 2012 versetzt<sup>1</sup>. Das LPEM wurde entsprechend der gesetzlichen Befristung zum 30.06.2012 aufgelöst. Das noch verbliebene Personal mit den verbliebenen Aufgaben (28 Stellen) wurden zum Finanzministerium verlagert.

## 2. Gewährung von Anreizen

Aufgrund der hohen Zahl der kw-Vermerke wurde für das Jahr 2008 in den Vereinbarungen geregelt, dass die Ressorts eine bestimmte Anzahl von „Wechselanreizen“ (einstweiliger/vorzeitiger Ruhestand, Altersteilzeit, Abfindung, Beurlaubung) einsetzen dürfen. Mit jedem Anreiz musste ein kw-Vermerk realisiert werden.

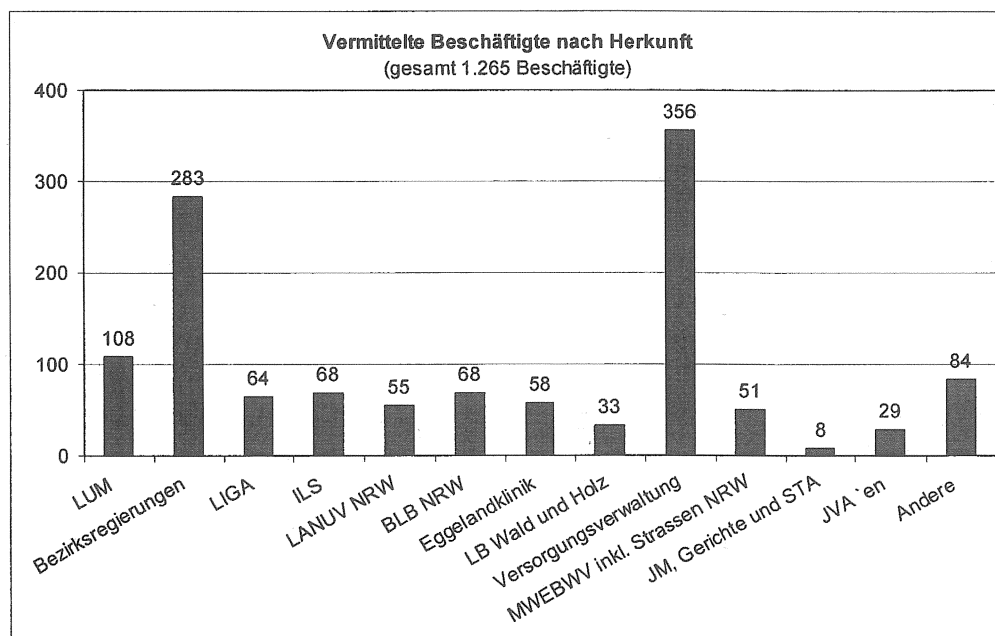
Anreize	Vergebene Anreize	Ø Alter der Beschäftigten
Abfindung	275	53 Jahre
Vorgezogener Ruhestand	972	55 Jahre
Einstweiliger Ruhestand	622	59 Jahre
Altersteilzeit	575	58 Jahre
Sonderurlaub	20	36 Jahre
<b>Gesamt</b>	<b>2.464</b>	

## 3. Ergebnis der Vermittlungstätigkeit

Insgesamt wurden in den Jahren 2007-2010 1.266 Beschäftigte zum LPEM versetzt.

Die Beschäftigten stammten von den nachfolgend dargestellten Behörden:

<sup>1</sup> Ausnahme ist eine geringe Anzahl von Beschäftigten, die sich bereits in der Freistellungsphase der Altersteilzeit befanden.



Auf Grundlage der sich aus der Vereinbarung ergebenden Aufnahmeverpflichtung wurden in den Jahren 2008-2012 insgesamt 625 Beschäftigte in die Ressorts auf freie Stellen vermittelt.

Bei 383 der 1.266 Beschäftigten handelt es sich um Beschäftigte der Projekte „Schulverwaltungsassistenten“ bzw. „Lebensmittelkontrollassistenten“ für die vom Haushalt zusätzliche Stellen(-anteile) zur Verfügung gestellt wurden. Diese wurden zusätzlich zum MSW bzw. MKULNV versetzt.

258 Beschäftigte schieden aus anderen Gründen (Altersgrenze etc.) aus dem Landesdienst aus.

Jahr	Andere Ressorts	Projekte	Sonstiges Ausscheiden
2008	141	33	115
2009	228	263	52
2010	109	58	42
2011	106	23	26
2012	41	6	23
<b>Summe:</b>	<b>625</b>	<b>383</b>	<b>258</b>

#### 4. Qualifikationsmaßnahmen

Eine einheitliche Grundqualifikation erhielten alle Schulverwaltungs- und Lebensmittelkontrollassistenten durch das LPEM bzw. das LANUV. Daneben wurden für die versetzten Mitarbeiter folgende individuelle Qualifikationsmaßnahmen durchgeführt:

Jahr	Personen	Maßnahmen	Ø pro Person
2009	71	118	1,7
2010	39	70	1,8
2011	25	61	2,4
2012	19	38	2,0

Der Inhalt der Qualifikationsmaßnahmen war dabei unterschiedlich. In der Regel waren es IT-Lehrgänge (Word, Excel etc.) bei IT.NRW oder Fortbildungen bei der Fortbildungsakademie in Herne.

## 5. Projekte des LPEM, die vom LaFin fortgeführt werden

### a) Projekt „Vorfahrt für Weiterbeschäftigung“

Jährlich werden rd. 1.500 Beamte des Landes auf Grund von Dienstunfähigkeit vorzeitig in den Ruhestand versetzt. Ein großer Teil dieser Beamtinnen und Beamten ist nicht vollständig, sondern nur in Bezug auf bestimmte Aufgaben dienstunfähig, d.h. weniger belastende Tätigkeiten könnte und dürfte er noch ausführen. Eine ressortübergreifende Weiterverwendung dieser Beamten erfolgte bislang nicht. Nach der Rechtsprechung ist das Land jedoch verpflichtet, für jeden betroffenen Beamten in der gesamten Landesverwaltung nach einer anderen geeigneten Tätigkeit zu suchen. Um zu vermeiden, dass Beamte im Extremfall weder in den Ruhestand versetzt werden können, noch eine andere Tätigkeit ausüben, aber über mehrere Jahre volle Bezüge erhalten, sollen Beamte, die für bestimmte Tätigkeiten noch dienstfähig sind, einerseits in andere Tätigkeiten vermittelt werden. Andererseits soll den Beschäftigungsdienststellen für nicht vermittelbare Beamte rechtssicher testiert werden, dass ein Beamter landesweit nicht vermittelbar ist, um das oftmals sehr lange Zurruheesetzungsverfahren zu beschleunigen.

Im HH 2013 sind in Kap.12 020 TG 64 für die Unterstützung der Vermittlung dieser Beamtinnen und Beamten noch 13 Planstellen mit kw-Vermerk „zum 31.12.2013“ und 8 Planstellen mit kw-Vermerk „zum 31.12.2015“ ausgebracht. Diese Planstellen werden bis zum Jahresende vollständig für die Vermittlung verbraucht werden. Mit dem HH 2014 beabsichtigt die Landesregierung, 20 neue Planstellen mit kw-Vermerk „zum 31.12.2016“ auszubringen.

### b) Zentraler Stellenmarkt

Das LPEM hat eine Jobbörse aufgebaut, die nunmehr durch das FM zu einem web-basierten Stellenmarkt ausgebaut wurde ([www.stellenmarkt.nrw.de](http://www.stellenmarkt.nrw.de)). In diesen Stellenmarkt werden die Stellenangebote der Landesverwaltung eingestellt. Je nachdem, ob die Angebote sich nur an Landesbedienstete oder an alle Interessenten richten,

kann das Angebot im Landesintranet oder im Internet abgerufen werden.

**c) Projekt Schulverwaltungsassistenz**

Im Projekt Schulverwaltungsassistenz hat das LPEM Beschäftigte aus kw-belasteten Bereichen an Schulen in NRW vermittelt. Die Schulverwaltungsassistenten entlasten an den Schulen die Schulleitung und die Lehrerinnen und Lehrer von Verwaltungsarbeiten, so dass diese mehr Unterricht geben können. Derzeit sind 347 Schulverwaltungsassistenten an knapp 400 Schulen tätig. Die Finanzierung erfolgte dabei zu 2/3 aus dem Haushalt (Streichung von kw-Vermerken) und zu 1/3 aus dem Haushalt des MSW.

Das Projekt ist in 2011 mit positivem Ergebnis evaluiert worden und soll fortgeführt werden.

**d) Projekt Betreuung**

Das Land NRW verausgabt für Vergütungen für Betreuungen (Vormundschaften) durch hauptamtliche Betreuer jährlich fast 200 Mio. EUR. Ansatz für das in Ost-Westfalen angesiedelte Projekt ist die Frage, ob es nicht wirtschaftlicher wäre, Landesbeschäftigte als Betreuer einzusetzen, um so Vergütungen für die Betreuer einzusparen.

Derzeit werden hier acht Beschäftigte eingesetzt. Das Pilotprojekt ist bis zum Jahresende 2014 befristet.



Dr. Norbert Walter-Borjans